

Junge Union OWL - Emilianstraße 12- 32756 Detmold

*An die
Bundesministerin der Verteidigung
Frau Dr. Ursula von der Leyen, MdB*

**JU-Bezirksverband
Ostwestfalen-Lippe**
Bezirksgeschäftsstelle
Emilianstraße 12
32756 Detmold
Tel.: (05231) 9249 - 0
info@ju-owl.de
www.ju-owl.de

17. Mai 2017

**Offener Brief der Jungen Union Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe an die
Bundesministerin der Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen, MdB**

Sehr geehrte Frau Ministerin,

in den vergangenen Monaten erschütterten unrühmliche Vorfälle in unseren deutschen Streitkräften die Öffentlichkeit. Nach den schlimmen Misshandlungsvorwürfen in Pfullendorf wurde der Fall des Oberleutnants Franco A. in Illkirch bekannt.

Als Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt liegt die Bundeswehr in Ihrem Verantwortungsbereich und wir stehen an Ihrer Seite, dass diese Vorfälle einer umfassenden Aufklärung und Konsequenzen bedürfen. Dennoch betrachten wir Ihr Vorgehen in den letzten Tagen mit großer Sorge!

Der Bundeswehr mit ihren Soldaten und Zivilangestellten obliegt eine Aufgabe, die weder selbstverständlich noch mit irgendeinem anderen Beruf gleichzustellen ist. Nicht nur unseren Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan, Mali oder in einem der anderen Einsatzorte gebührt ganz besonderer Respekt, sondern auch allen Kameraden, die tagtäglich ihren Dienst im Inland verrichten.

Aus diesem Grund unterstützen wir zwar jegliche Maßnahmen, um Extremismus oder Missbräuche aus den deutschen Streitkräften zu verbannen; die kürzlich angeordneten Maßnahmen zeugen jedoch eher von einem Generalverdacht. Die – wenn auch so schrecklichen – Fälle der vergangenen Monate stehen nicht stellvertretend für all unsere Soldatinnen und Soldaten, die im Notfall ihre Gesundheit oder sogar ihr Leben für die Werte des Grundgesetzes aufs Spiel setzen.

Deshalb halten wir die Überprüfung sämtlicher Räumlichkeiten in militärischen Liegenschaften, die Überarbeitung des traditionellen Liedguts der Bundeswehr, sowie die geplante Umbenennung von Kasernen für vollkommen überzogen. Mit wenigen Ausnahmen sind unsere Soldatinnen und Soldaten sehr wohl in der Lage, den grausamen Unrechtsstaat des Dritten Reichs und ebenso die an der Ostfront verübten Kriegsverbrechen von Angehörigen der Wehrmacht zu erkennen.

Deshalb lässt sich nach unserer Ansicht aus den bekannten Einzelfällen nicht ableiten, die Geschichte aus der Bundeswehr zu verbannen. Deutschland und seine Streitkräfte existieren nicht erst seit dem 23. Mai 1949 bzw. dem 05. Mai 1955. Unsere Vergangenheit gehört zu uns – im Positiven wie im Negativen – und es liegt an uns, aus ihr zu lernen. Zu dieser Vergangenheit gehört auch die Wehrmacht, die einerseits schreckliche Kriegsverbrechen verübte, in der andererseits aber auch viele Soldaten ihr Leben ließen, die kein nationalsozialistisches Gedankengut innehatten und dieses verachteten, jedoch nach ihrem Zwangseinzug nicht desertieren wollten. Andere werden heute mit eigenen Straßennamen geehrt wie die Atten-

täter vom 20. Juli 1944, die im Glauben an ein befriedetes und vom Nationalsozialismus befreites Deutschland ihr Leben opferten.

Auch wenn die Bundeswehr als Parlamentsarmee in ihrer Konstitution nichts mit der Wehrmacht oder Vorgängerarmeen gemein hat, gehören Persönlichkeiten wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg oder Erwin Rommel, aber auch Johann David Ludwig Graf Yorck von Wartenburg oder Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz als Angehörige der preußischen Armee auch heute noch zum Gedächtnis des deutschen Militärs und damit auch zur Bundeswehr. Selbiges gilt für das Liedgut der Bundeswehr, das teilweise auch vor 1955 entstanden ist. Lieder wie das vom wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aus der NSDAP ausgeschlossenen Komponisten Joseph Neuhäuser verfasste Westewaldlied gehören zur militärgeschichtlichen Tradition.

Aus diesen Gründen wünschen wir uns einen behutsameren Umgang mit unserer Bundeswehr und ihren Traditionen. Dies gilt vor allem auch für einen Standort in unserer Region. Mit der Panzerbrigade 21 „Lipperland“ ist eine traditionsreiche Einheit in unserer Heimat stationiert. Wir setzen uns für den Standort in Augustdorf und die Beibehaltung des aktuellen Namens der Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne ein! Besonders die jüngere geschichtswissenschaftliche Forschung kommt zu dem Schluss, dass Erwin Rommel den militärischen Widerstand gegen die nationalsozialistische Spitze unterstützt hat. Näheres können Sie u.a. in Publikationen des renommierten Militärhistorikers Dr. Peter Lieb nachlesen. Rommel bezahlte die Opposition zu Hitler letztlich mit seinem Leben. Auch unter seinen Gegnern hatte er einen guten Ruf. Und schließlich war er anerkanntermaßen nicht an Kriegsverbrechen beteiligt. Dabei war Generalfeldmarschall Rommel weder Held noch Monster, er war ein Kind seiner Zeit. Deshalb lehnen wir eine Umbenennung vehement ab!

Statt Rommel aus dem Gedächtnis der Truppe zu tilgen und unsere Soldaten weiter zu verunsichern, plädieren wir dafür, ihn und seine Widersprüche im Rahmen der politischen Bildung stärker zu berücksichtigen. Unser heutiges Verständnis ist ohne unsere Geschichte nicht vorstellbar. Der Name Rommel kann junge Soldatinnen und Soldaten zum Nachdenken anregen. Wir fordern Sie auf, von einer Umbenennung abzusehen und die Traditionspflege und politische Bildung auszuweiten.

Ebenso schlagen wir vor, zur Bekämpfung von Extremismus oder Missbrauch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) zu stärken. Die Abschaffung der Dauerlaufbahn beim MAD zu Gunsten von Durchlaufposten halten wir zum Beispiel für eine prüfenswerte Maßnahme.

Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Parteikollegin, die Junge Union Ostwestfalen-Lippe steht hinter denen, die vor uns stehen. Wir sind stolz auf die Leistungen der „Truppe“! Wir geben Ihnen Recht, dass Vorkommnisse, wie der Fall Franco A. schleunigst geklärt werden müssen und sich auf keinen Fall wiederholen dürfen. Die derzeitigen Maßnahmen halten wir jedoch für überhastet und überzogen. Wir wünschen uns einen differenzierten Umgang mit der Vergangenheit anstatt ihrer Verbannung.

Frau Ministerin, schenken Sie Ihren Soldaten mehr Vertrauen.
Arbeiten Sie Einzelfälle mit Hilfe des MAD und der Justiz auf.
Sprechen Sie keinen Generalverdacht aus.

Die Bundeswehr und Ihre Angestellten sind kein Spielball der Politik.

Freundliche Grüße aus Ostwestfalen-Lippe



Lars W. Brakhage
Bezirksvorsitzender



Kevin T. Gniosdorff
Deutschlandrat